

Zahnsparren für Kinder sind oft unnötig

Bei 66 Prozent aller Mädchen und Jungen in Deutschland wird das Gebiss korrigiert – zu häufig, wie Experten aufgrund aktueller Zahlen vermuten. Dahinter steht ein lukrativer Markt.

Anneke Quasdorf

Herford/Greifswald. Wer auf andere Länder schaut, erhält den Eindruck, dass es um die Zähne der deutschen Kinder schlecht bestellt ist. Zwei von drei Patienten erhalten hier eine Zahnsparre; bundesweit sind es 66 Prozent. Zum Vergleich: In Dänemark sind es nur 29 Prozent. Dass längst nicht alle Behandlungen und auch ihre lange Dauer nötig sind, zeigen aktuelle Zahlen – auch für OWL. Ein Kieferorthopäde redet Klartext.

Gemeinsam mit der Handelskrankenkasse (hkk) hat der Kieferorthopäde Alexander Spassov Behandlungsplan und Abrechnungsdaten von 2.624 bei der hkk versicherten Kindern und Jugendlichen ausgewertet. Sie alle erhielten zwischen dem 1. Januar 2018 und dem 30. Juni 2023 eine kieferorthopädische Behandlung.

Die Ergebnisse zeigen: In vielen Fällen wird deutlich länger behandelt als nötig, es werden Leistungen abgerechnet, die nicht erforderlich sind, und es werden Kinder behandelt, bei denen es gar nicht geboten wäre. „Zu den häufigsten Diagnosen gehörten Überbisse, seitliche Kreuzbisse und Kreuzbisse im Frontzahnbereich“, erklärt Spassov, der auch schon in einer Herforder Praxis arbeitete. „Wir wissen aber aus Studien, dass die Häufigkeit dieser Fehlstellungen abnimmt, wenn Kinder älter werden – auch ohne Behandlung.“ Noch einfacher ausgedrückt: Es werden bei Kindern häufig genau jene Fehlstellungen korrigiert, die sich vielleicht ohnehin verwaschen hätten.

In den Augen von Kieferorthopäde Spassov, der mittlerweile zwei Praxen in Greifswald und Wolgast betreibt, sind zudem die langen Behandlungszeiten, die aus der Studie hervorgehen, medizinisch nicht zu erklären. „Das sind Fehlstellungen, die in acht bis zwölf Wochen korrigierbar sind. Die Studie zeigt aber, dass fast 40 Prozent der Patienten, fast 4,5 Jahre behandelt wurden.“ Lediglich 60,8 Prozent der Patienten schloss die Behandlung innerhalb des vorher vom zuständigen Kieferorthopäden festgelegten Zeitraums ab. „Das ist pure Geldmacherei. Ein Selbstbe-



Goldgrube Kindermund: 80 Prozent der Eltern zahlen bei der Zahnsparre privat dazu, obwohl sie bei entsprechender Indikation eine Kassenleistung ist. Dahinter steckt laut Experten undurchsichtige Manipulation vieler Praxen. Foto: picture alliance/Peter Johann Kierzkowski

dienungsladen für viele Kollegen, der auf Kosten der Solidargemeinschaft geht.“

Es ist nicht die einzige Erhebung in Deutschland, die belegt, dass Kieferorthopäden ihren Patienten zu viel Behandlung angeeignet lassen. Auch die Krankenkasse Barmer kommt nach Auswertung des Zahn-Reports zu dem Schluss, dass in vielen Fällen eine Überversorgung vorliegt.

Die meisten Zahnsparren gibt es in Paderborn

Allein in NRW wird mehr als die Hälfte aller Kinder und Jugendlichen kieferorthopädisch behandelt, zeigt der Report, für den Daten von bundesweit mehr als 50.000 Achtjährigen über einen Zeitraum von zehn Jahren ausgewertet wurden. Dieser Trend setzt sich in der Region fort. Spitzerreiter sind Münster mit 63,1 Prozent und Paderborn mit 57,2 Prozent, gefolgt von

Gütersloh mit 56,5 Prozent. Es folgen Herford mit 54,4 Prozent und Höxter mit 54 Prozent. Schlusslichter sind Bielefeld (53,1 Prozent) und Minden (52,9 Prozent).

Doch nicht nur zwischen Städten, auch zwischen Bundesländern variieren die Zahlen. Spitzenreiter ist Bayern mit fast 60 Prozent, Schlusslicht Bremen mit 45,9 Prozent. Barmer-Landesgeschäftsführer João Rodrigues zieht daraus den Schluss, dass Kinder zu häufig kieferorthopädisch behandelt werden. „Mit Kieferanomalien und Zahnfehlstellungen allein sind die Unterschiede nicht erklärbar.“

Und noch einen gravierenden Unterschied gibt es: In allen Bundesländern fällt die Inanspruchnahme von Kieferorthopädie bei Mädchen zehn Prozent höher aus als bei Jungen. So erhalten in NRW 50,2 Prozent der Jungen und 61 Prozent der Mädchen eine Behandlung. Mögliche Gründe laut Barmer-Geschäftsführer Rodrigues: Schönheitsideale,

Gruppendruck und übertriebene elterliche Fürsorge.

Doch noch ein anderer Grund dürfte eine maßgebliche Rolle spielen: „Kieferorthopädie ist ein Markt“, sagt Gesa Schölgens von der Verbraucherzentrale NRW. Nicht umsonst gibt es hier aufgrund der Verbrauchererfahrungen in der Servicesparte „Kostenfalle Zahn“ mittlerweile einen eigenen Bereich für Kieferorthopädie.

Denn obwohl die Behandlung bei bestimmter Indikation eine Kassenleistung ist, zahlen laut einem Gutachten des Bundesgesundheitsministeriums 80 Prozent aller Eltern privat dazu – im bis zu vierstelligen Bereich. „Uns liegen Berichte von Eltern vor, wie Kassenleistungen drastisch abgewertet und Nicht-Kassenleistungen beworben werden“, sagt Schölgens. „Alles im Namen der Sicherheit – oder der Ästhetik.“

Der zu den Vorwürfen angefragte Berufsverband der Deutschen Kieferorthopäden

zog eine Stellungnahme zurück.

Und was ist nun die Lösung? Experte Spassov und sein Co-Autor Bernhard Braun von der Universität Bremen haben an der Stelle klare Forderungen – und Ratschläge für Eltern. „Eltern sollten sich nicht verunsichern zu lassen und vor allem: nicht gleich privat zuzahlen“, sagt Spassov. Außerdem fordert er eine Pauschalvergütung für kieferorthopädische Leistungen. „Sie dürfen nicht mehr so leicht einzeln abrechenbar sein, sondern müssen nach Indikation erfolgen.“

Zudem sei es dringend nötig, diagnostische und therapeutische Standards zu entwickeln, nach denen die Mediziner behandeln müssten. „Wir brauchen zum Beispiel dringende Kriterien für die Abfolge und Zulässigkeit von herausnehmbaren Apparaten und Brackets. Derzeit kann jeder Kollege nach Gutdünken behandeln und sich so bereichern.“

Wieder mehr Badetote in Gewässern von NRW

Zum Ende des Sommers zieht die DLRG Bilanz: Die Zahl der Badetoten ist deutlich gestiegen.

Jana Glose

Düsseldorf/Bad Nenndorf. In Nordrhein-Westfalen sind seit Jahresbeginn 52 Menschen ertrunken. Damit starben in Gewässern 14 Menschen mehr als im Vorjahreszeitraum, wie die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) mitteilte. Mit 22 Todesfällen führen Flüsse die Liste der Unglücksorte an. Aber auch in Seen (15), Bächen (4), Schwimmbädern (3), Teichen (2), Hafenbecken (2), Kanälen (2) und im Graben (1) kamen Menschen ums Leben.

Deutschlandweit sind in diesem Jahr mit Blick auf die einzelnen Bundesländer bislang mit 58 Toten nur in Bayern mehr Menschen ertrunken als in NRW. Unter den bis zum Stichtag am 10. September gelisteten Todesfällen in NRW sind auch vier Kinder im Alter zwischen ein und zehn Jahren sowie drei Menschen mit mehr als 81 Jahren. Sechs Tote waren zwischen 71 und 80 Jahre und acht zwischen 61 und 71 Jahre alt.

Die meisten Toten in Gewässern gab es mit elf Menschen im Mai, gefolgt von neun im August, acht im Juli sowie sieben Toten im August. Unter den 52 Toten waren 38 Männer. In ganz Deutschland waren über alle Altersklassen hinweg 77 Prozent der tödlich Verunglückten männlich. Rund 60 Prozent der Opfer mit bekanntem Alter waren indes älter als 50 Jahre.

Auch deutschlandweit schnellten die Todesfälle nach oben: Die DLRG verzeichnete

in diesem Jahr bis zum Ende der Sommerferien bisher 353 Todesfälle in den Gewässern. Das sind 75 Opfer mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres und zu diesem Zeitpunkt so viele wie seit fünf Jahren nicht. Im Jahr 2019 waren es 365 Todesfälle in den Gewässern.

„Diese traurige Entwicklung zeichnete sich zur Mitte des Sommers bereits ab. Im heißen August sind dann nochmals deutlich mehr Menschen ertrunken als im Jahr davor“, sagte DLRG-Präsidentin Ute Vogt und ergänzte: „Trotz aller Appelle und zahlreicher mahnender Beispiele waren Leute beim Baden und bei Wassersportaktivitäten immer wieder nicht vorsichtig genug.“

Jungen und Mädchen sind zwar seltener vom Ertrinken betroffen, die DLRG sehe trotzdem Grund zur Sorge: Die Mehrheit der Kinder am Ende der Grundschulzeit könne nicht sicher schwimmen. „Wer das nicht mehr lernt, bleibt sein Leben lang am, auf und im Wasser gefährdet“, so Ute Vogt. Das zeigten viele Badeunfälle, die überdurchschnittlich häufig Nichtschwimmer und schlechte Schwimmer erlitten. Um das zu vermeiden, brauche es mehr Wasserflächen und qualifizierte Lehrkräfte sowie mehr politisches Engagement. „Nur die Schulen erreichen alle Kinder und müssen in die Lage versetzt werden, Schwimmunterricht im benötigten Umfang durchzuführen“, sagte die DLRG-Präsidentin.



In Nordrhein-Westfalen sind in diesem Jahr bisher mehr Menschen ertrunken als noch im Vorjahr. Foto: dpa

NW-Podcast „Ostwestfälle“ präsentiert erstes True-Crime-Event

Am 19. November wird der Podcast erstmals live und mit Publikum im Spiegelzelt des Ravensberger Parks aufgezeichnet. Welche bekannten Stimmen dabei sind und wo es die Tickets gibt.

Bielefeld (jw/jes). Am 14. Oktober 2011 verlässt die dreifache Mutter Nelli Graf (46) mittags das Haus. Zwei Tage darauf wird ihr Rad gefunden, gut vier Monate später ihre übel zugerichtete Leiche. Bis heute ist der Fall ungeklärt. Nicht der einzige Frauenmord im Kreis Gütersloh. Bei dem ersten Live-Event des Podcasts „Ostwestfälle“ der „Neuen Westfälischen“ im Spiegelzelt im Ravensberger Park in Bielefeld schildert Nicole Donath, Redaktionsleiterin des „Haller Kreisblatts“, was bekannt ist und welche Rätsel die Fälle aufgeben.

Am 19. November werden diese und weitere dunkle Verbrechen aus Ostwestfalen und Lippe ab 19 Uhr hervorgeholt. „Die Aufregung ist groß, denn vor Publikum haben wir die wahren Fälle aus Ostwestfalen-Lippe noch nie erzählt. Ich freue mich, dass das Interesse an unserem Podcast so

groß ist – denn dieser Podcast ist wirklich etwas ganz Besonderes“, sagt Gastgeberin und Podcast-Moderatorin Birgitt Gottwald.



Birgitt Gottwald ist die Moderatorin des Podcasts „Ostwestfälle“ der Neuen Westfälischen. Foto: Sarah Jonek

Sie wird die Gäste auf der Bühne begrüßen und mit ihnen über aktuelle und historische Kriminalfälle aus der Region sprechen. Neben der Re-

daktionsleiterin Nicole Donath sind mit dem Stadtarchäologen Johannes Glaw und Strafverteidiger Carsten Ernst zwei weitere aus dem Podcast bekannte Gäste auf der Bühne.

Johannes Glaw, Stadtarchäologe, Historiker und Autor in Gütersloh, nimmt das Publikum mit auf eine Zeitreise in das 18. Jahrhundert. Er berichtet von Räuberbanden, die einst die Straßen unsicher machten, und kennt spannende Hintergründe zu historischen Fällen in OWL.

Carsten Ernst vertritt Mörder, Sexualstraftäter und andere Delinquenten. Als Strafverteidiger redet er über den Fall eines zweifachen Mörders in Bielefeld, der sogar dauerhaft vor der Allgemeinheit geschützt werden sollte.

Die Tickets können ab sofort in den Geschäftsstellen der „Neuen Westfälischen“ oder online unter dem Link

nw.de/events ab 19,95 Euro erworben werden.

Den Podcast „Ostwestfälle“ gibt es seit 2022. Die Moderatorin Birgitt Gottwald spricht darin jeden Donnerstag mit Redakteurinnen und Redakteuren, Richterinnen und Richtern und Angehörigen von Mordopfern. Es geht um Kriminalfälle aus Ostwestfalen-Lippe, wie dem Fall des Horrorhauses von Höxter, dem Dreifachmord in Hille und der Entführung von Richard Oetker. Diese Fälle prägen die Kriminalgeschichte der Region enorm.



Hinter Explosionsserie soll Bandenkriminalität stehen

Es kommt immer wieder zu Detonationen. Polizei und Staatsanwaltschaft äußern sich.

Köln (dpa). Polizei und Staatsanwaltschaft vermuten Auseinandersetzungen in der organisierten Kriminalität als Hintergrund der jüngsten Explosionsserie in Köln. „Es gibt offensichtlich im Milieu offene Rechnungen, die noch beglichen werden“, sagte der Chef der Kölner Kriminalpolizei, Michael Esser, bei einer Pressekonferenz. Verbindungen zur organisierten Kriminalität in den Niederlanden lagen auf der Hand und ließen sich auch schon belegen. Ermittlungserfolge könnten noch nicht präsentiert werden, doch liefen die Ermittlungen auf Hochtouren.

Zuletzt hatte es am Mittwochmorgen eine Explosion an der Ehrenstraße gegeben. Nach bisherigen Ermittlungen hatte der Täter die Glas- tür des Ladens eingeschlagen

und eine Einkaufstüte mit einem Brandsatz in dem Geschäft platziert. Nur Sekunden später stand der Eingangsbereich in Flammen. Der Tatort lag nur wenige Gehminuten entfernt vom Hohenzollernring, wo am Montagmorgen ein Brandsatz vor einer Diskothek explodierte war.

In den vergangenen Wochen hatte es bereits mehrfach Explosionen in Köln, aber auch in anderen Städten wie Duisburg und Engelskirchen gegeben.

Die niederländische Polizei bestätigte, dass es am 24. August auch eine Explosion vor der Amsterdamer Filiale der Bekleidungskette gegeben hatte, zu der das am Mittwochmorgen in Köln verwestete Geschäft gehört. Die Ermittlungen dazu seien noch im Gang, hieß es von der Polizei.